



Prof. Dr. Dorothea Schäfer, Forschungsdirektorin Finanzmärkte, Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin



Dr. Simon Junker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

DREI FRAGEN AN DOROTHEA SCHÄFER UND SIMON JUNKER

»Es muss Eingriffsrechte in den griechischen Haushalt geben«

1. Frau Prof. Schäfer, Herr Dr. Junker, die Euroländer haben einen Plan entworfen, nachdem die privaten Gläubiger auf 50 Prozent ihrer Forderungen an Griechenland verzichten sollen. Wie beurteilen Sie diesen Rettungsplan?

Dorothea Schäfer: Griechenland hat etwa 100 Milliarden Euro weniger Schulden. Das ist für die Griechen zunächst eine eindeutige Erleichterung. Allerdings beträgt die Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt immer noch 120 Prozent und ist damit noch immer sehr hoch.

Simon Junker: Die Gipfelbeschlüsse waren nur ein erster Schritt in die richtige Richtung. Das reicht nicht aus, um das Land wieder auf die Beine zu stellen. Jetzt sind auch strukturelle Reformen notwendig, damit das Land wieder eine tragfähige Wirtschaftsstruktur aufbauen kann. Das wird noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen.

2. Herr Junker, welche langfristigen Folgen werden die Beschlüsse der EU haben? Zunächst einmal löst sich die Verunsicherung. Wir werden jetzt sehen, was tatsächlich mit den Institutionen und Banken passiert, um die man sich Sorgen macht, und auch, ob die Kreditvergabe dadurch eingeschränkt werden muss. Natürlich gibt es noch viele Probleme. Trotz der Hebelung ist zweifelhaft, ob das Kapital ausreicht und man die Schlagkraft des EFSF so groß machen kann, dass man im Fall der Fälle Länder wie Spanien oder Italien stützen kann.

Dorothea Schäfer: Wir sind noch nicht aus dem Größten raus. Es kann auch noch in den nächsten Tagen Zweit-rundeneffekte geben. Dabei kann es durchaus sein, dass die Märkte wieder ganz anders reagieren. Wir sollten also die nächsten Tage und vor allem die konkreten Verhandlungen mit den Banken abwarten. Man weiß auch noch nicht, was das jetzt zum Beispiel für den Kreditversicherungsmarkt bedeutet, denn hier haben wir einen Präzedenzfall. Da fallen Zahlungen aus, aber die Kreditversicherungen sollen trotzdem nicht ausgezahlt werden. Was das für diesen Markt bedeutet, ist höchst unsicher. Es könnte auch sein, dass die Marktteilnehmer daraus schließen, dass Kreditversicherungen ohnehin nichts wert sind. Das wiederum ist dann schon wieder eine Entwick-

lung im Markt, deren Folgen man momentan noch nicht abschätzen kann. **Simon Junker:** An diesem Problem krankt natürlich auch das ganze Versicherungskonzept des Hebels. Wie gesagt, tritt kein Versicherungsfall ein, obwohl ein Land seine Forderungen nicht komplett bedient. Gleichzeitig versuchen wir jetzt, mit einer Versicherung von Staatsanleihen Investoren anzulocken. Das dürfte sich insgesamt schwierig gestalten, weil man auch schauen muss, welche Anreize man über diesen Versicherungsmechanismus bietet. Bietet man nicht genug Anreize, findet man keine Investoren. Dann wird es auch schwierig, China mit ins Boot zu holen, weil man natürlich auch vermeiden muss, politische Zugeständnisse zu machen. Für höhere finanzielle Anreize muss man den Hebel kleiner machen. Möglicherweise ist er dann zu klein, um wirklich Schlagkraft zu entwickeln.

3. Frau Schäfer, was muss passieren, damit die griechische Wirtschaft wieder auf die Beine kommt? Die Griechen müssen ihre Einnahmesituation verbessern. Die Eurostaaten können dabei helfen, indem sie etwa in ihrem eigenen Land Abschlagssteuern auf Auslandsvermögen der Griechen erheben und diese dem griechischen Fiskus zugänglich machen. Es muss zudem eine ganz engmaschige Kontrolle der Maßnahmen geben. Die Laissez-faire-Haltung, die die Kommission bis jetzt immer gegenüber allen möglichen Staaten an den Tag gelegt hat, kann so nicht bestehen bleiben. Es muss eine Kontrolle der verwendeten Mittel geben, die weit über das hinausgeht, was in der Vergangenheit passiert ist. Die Geldgeber müssen auch mithilfe des IWF überwachen, ob Griechenland sein Haushaltsdefizit im Griff hat. Die Eurostaaten müssen zudem die Möglichkeit bekommen, exzessives Ausgabeverhalten zu korrigieren. Es muss also direkte Eingriffsrechte in den griechischen Haushalt geben. Falls es in Griechenland zu einer Volksabstimmung über die geplanten Maßnahmen kommt und diese abgelehnt werden, wird es sehr unübersichtlich, und die EU wird als politisches Konzept gefährdet sein. Darüber kann man im Moment aber nur spekulieren.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
78. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
PD Dr. Joachim R. Frick
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Sabine Fiedler

Redaktion

Renate Bogdanovic
PD Dr. Elke Holst
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Prof. Dr. Gert G. Wagner

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.